

7d 691
6

Die Gewerkschaft

Schrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Königsplatz 42 (Redakteur E. Dittmer)
Telefon: 11844

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Bezugspreis:
monatlich durch die Post 5 Pf.

Dürfen wir wieder hoffen?

Es ist das letzte Mal, daß wir in diesem Jahr zu einem größeren Kreis von Kollegen an dieser Stelle sprechen können, denn die nächste „Gewerkschaft“ kann erst Anfang 1924 erscheinen infolge unserer schwer bedrängten Finanzen. Es ist das erste Mal, daß wir seit Monaten einige Hoffnungen hegen dürfen, es geht wieder aufwärts!

Wir werden unsere Kollegen mit Recht sagen: Gibt es überhaupt ein tieferes Abfluten der deutschen Arbeiterklasse in den letzten Jahren, als wir das bis in die letzten Tage hinein erlebt haben? Mühen wir nicht seit Jahr und Tag hungern und arbeiten? Immer als der chinesische Kuli? Unsere Frauen heulen über die auf dem Wege allwöchentlich langwieriger Lohnkämpfe mühsam genug erstrittenen Papiermark schnellstens in den Bären umzuwerfen, weil meist schon am anderen Tage die Entwertung droht.

Da das Maß unseres Elends voll zu machen, kam dann noch ungeheure Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit für Hunderttausende von Arbeitern hinzu, und auch im gegenwärtigen Monat zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt kein Lichtschimmer, der eine leise Hoffnung gestattet, daß die furchtbare Wirtschaftskrise überwunden wäre. Wohlrich, man sollte meinen, jeder vernünftige und ehrliche Mensch, soweit er auf diesen Titel als ein solches Wesen Anspruch erhebt, müßte in dieser Zeit zum Sonnen werden, weil er den Widerspruch der ungerichteten kapitalistischen Wirtschaft miterleben muß in seinen brutalsten Auswüchsen. Mühte auch die Erklärung geben für die überraschend großen Erfolge der englischen Arbeiterpartei, deren Mitglieder größtenteils Jahren gleichfalls von einer furchtbaren Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Die alte kapitalistische Welt ist aus dem Geleise, aber noch lüdet in Deutschland der allerschwerste und schärfste der Kampf der bestehenden Klassen an, und — die Arbeitslosigkeit und Verarmtheit der deutschen Arbeiterklasse ist am weitesten und äußersten, auf neuen Bahnen die Menschheit zu einem neuen Wirtschafts- und Sozialleben vorwärts zu führen.

Der deutsche Parlamentarismus — ein Schauspiel für die Welt — ist in den letzten Wochen aus einer „Regierungskrise“ in eine „Kriegskrise“ übergegangen, und wenn man dazu noch die Hitler-Kahlschlag-Komödie in Bayern oder die ungeheuerlichen Vorkämpfe in Sachsen und Thüringen mit Hilfe des Reichspräsidenten bedenkt, so möchte man fast zweifeln, ob jemals ein so schwerkranker Staatskörper aus seinem Sieberbetrium herauskommen könnte. Und doch muß die deutsche Arbeiterklasse an ihre Zukunft glauben, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will!

In den letzten Wochen der rasenden Geldentwertung hatten die Arbeiter sich so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß mancher Arbeiter sich irren geworden ist an seinen jahrzehntelangen wirtschaftlichen Erfahrungen und sagte: „Es hat ja doch keinen Zweck mehr!“

Aber gerade die letzten Wochen sollten den, der mit offenen Augen in der Welt lebt, bechren! Denn diese Unternehmer, diese Kapitalisten, diese Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe haben diese Uebergangszeit der gewerkschaftlichen Kämpfe unbarmerlich ausgenutzt! Sie be-

willigten „Goldlöcher“, die weit hinter der Friedenszeit zurückbleiben trotz dreifacher und vierfacher Verteuerung des Lebenshaltunges. Und kaum zeigen sich die ersten Anzeichen einer schwachen Preisentwertung, als auch schon mit Konfiskationsmaßnahmen im Unternehmerlager auf „Lohnabbau“ hingearbeitet wird.

Daß daneben auch noch in aller Stille die Machtposition von Unternehmerseite ausgenutzt wird, um eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen, gehört zu diesem Bild. Und bei den Behörden dürfte aus dem so viel umstrittenen Beamtenabbau als Opfer vornehmlich wieder einmal Arbeiter, Angestellte und die „unliebsamen“ Beamten in Frage kommen. Aber die Herren säen Wind, sie werden Sturm ernten! Die Arbeiterklasse hat nicht und wird nie vergessen, daß die Urheber des Weltkrieges sich schwer bereichert haben, während die Millionen seit bald zehn Jahren Opfer an Gut und Blut bringen müssen. Die Arbeiter werden nie vergessen, daß in dieser Zeit des indirekten Staatsbankrotts die Besitzenden sich jahrelang vor den Goldsteuern mit Erfolg gedrückt haben, während sie den Lohnsteuerabbau allwöchentlich tragen müssen.

Die Arbeiter werden nie vergessen, daß in einem Augenblick, da sie mit ihren wirtschaftlichen Organisationen nicht kampfschlüssig auf den Plan treten können, alles Gerede von „Arbeitsgemeinschaft“, „Erhaltung des sozialen Friedens, sozialer Verständigung und gemeinsamer Aufgaben auf Unternehmerseite vergessen wurde, und auch die Staats- und Stadtoberwaltungen unterschreiben sich in nichts darin.

Die neuen Staatsarbeiterlöhne sind selbstherrlich diktiert worden und diese Regelung ist nach altem Schema auch für Berlin wieder festgelegt worden, obwohl jeder Kundige zugeben muß, daß sich daraus geradezu ungeheuerliche Widersinnigkeiten ergeben. Der viel zu niedrige Orts-Steuerungszuschlag von 8 Proz., die übergroße Spanne zwischen Ungelernten und Handwerkern, vor allem aber der viel zu niedrige Stundenlohn für Ungelernte können nicht auf die Dauer ertragen werden, und es ist ein Stück engstirnigster Machtpolitik, wenn man glaubt, jetzt den Arbeitern alles bieten zu können.

Aber trotz alledem hoffen wir! Unsere Organisation wird in einigen Wochen die schlimmste Krise überwunden haben. Unsere Presse wird voraussichtlich — zunächst mit internationaler Hilfe — im Januar wieder allwöchentlich zu der großen Mehrzahl unserer Kollegenschaft sprechen können, und wir werden nicht erlahmen, den Kampf und Einheitswillen unserer Mitglieder wach zu halten.

Es gibt ein Hungerelekt, das auch die stärkste Kampfesnatur kampfunfähig macht. Da zerreiben sich die Kameraden in brüderlichem Streit an der Schuldfrage des Elends. Aber nicht die „Führer“ oder die „Massen“ sind schuld, die „Schuldigen“ sind allein das jetzige kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Verleibiger! Gewiß sind Fehler gemacht worden auf allen Seiten und sie werden weiterhin gemacht werden im Befreiungskampf der Arbeiter. Aber auch die Unternehmer sind nicht fehlerfrei und die kurzlichzeitig-egoistische Lohnpolitik, die wir in den letzten Wochen und Monaten in Deutschland erlebten, wird sich an ihnen eines Tages selber rächen.

Die Arbeiter werden in ihren Organisationen zusammenstehen, sie haben erkannt, daß nur die Einigkeit und Geschlossenheit gegen solche Rohndiktate auskommt. Und wir werden die Unternehmern wie auch die Staats- und Stadtverwaltungen mit starker gewerkschaftlicher Macht in Zeiten der wiederkehrenden Wirtschaftskonjunktur zwingen, unsere berechtigten Forderungen für eine menschenwürdige Existenz anzuerkennen.

Das können wir schließlich nur, wenn unsere Gewerkschaftsorganisation wieder voll aktivitätsfähig ist. Dafür setzen wir in diesen Tagen einige hoffnungsvolle Einzelkämpfer und darum darf auch die Kollegenchaft trotz aller Tagesnöte wieder hoffen. An den dunkelsten Tagen, da das Sonnenlicht sich hinter Nebelschleieren verbirgt, naht das Fest der Sonnenwende. Und in all der trüben Weihnachtsstimmung dieses Jahres rufen wir unseren Kollegen zu:

Seid unvergät! Wir lassen uns nicht unterliegen von den Unbilden dieser Zeit. Der ungebrochene Kampfeswille führt uns im zähen Wirtschaftskampfe wieder aufwärts. Unsere Organisation verbleibt ein gewaltiger Kraftfaktor jetzt und in Zukunft, trotz allem!

Abluß eines Goldlohn tariffs für die Reichs- und Staatsarbeiter.

In fünfägigen schweren Verhandlungen im Reichsfinanzministerium kam am Freitag, den 24. November, ein Goldlohn tariff zustande, der bei unseren Kollegen reifliche Befriedigung kaum auslösen dürfte. Dieser Abluß konnte daher auch nicht die Zustimmung der Arbeitnehmerorganisationen finden. Man hat ihn hingenommen, weil auf dem Verhandlungswege nicht mehr zu erreichen war. Dies wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Regierung beim Beginn der Verhandlungen als niedrigsten Satz 20 Pf. Stundenlohn für den ungelerten Arbeiter angeboten hatte, der infolge des energischen Eingreifens der Arbeitnehmervertreter wenigstens auf 26 Pf. erhöht wurde. Technisch betrachtet, ist bei diesem Abluß zunächst einmal das Bemerkenswerteste die Einteilung Deutschlands in drei Wirtschaftsgebiete.

Das Wirtschaftsgebiet 1, Ostdeutschland, umfaßt Schlessen, Ostpreußen und Westpreußen, Mecklenburg, Pommern und einen Teil der Provinz Brandenburg, sowie Teile aus Bayern und Württemberg. Wirtschaftsgebiet 2, gleichzeitig geographisch das größte, umfaßt Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hamburg, Lübeck, Berlin, Mitteldeutschland, die Freistaaten Sachsen und Thüringen, den größten Teil Bayerns und Württembergs, sowie einen Teil von Baden. Die Grenze verläuft ausschließlich Mannheim, Frankfurt am Main durch das Siegerland in der Richtung Hamm, während der Westen mit Rheinland, dem Ruhrgebiet und einem Teil von Baden und Hessen, sowie die Pfalz, das Wirtschaftsgebiet 3 bilden. Innerhalb dieser Gebiete bleiben die bereits vorhandenen fünf Ortsklassen bis auf weiteres bestehen, jedoch ist beabsichtigt, die neugetroffene Gebietseinteilung als eine Grundlage zu betrachten, um später zu mehreren Wirtschaftsbezirken unter wesentlicher Verringerung der Ortsklassen zu gelangen.

Die Ortslohnzulagen bleiben nach den bisher geltenden Bestimmungen im Wirtschaftsgebiet 1 bestehen, werden dagegen im Wirtschaftsgebiet 2 um 15 Proz. und im Wirtschaftsgebiet 3 um 27 Proz. gekürzt. Wenn z. B. im Wirtschaftsgebiet 2 ein Ort 20 Proz. Ortslohnzulage erhalten hat, so erhält er künftig nur noch 5 Proz. Ergeben sich bei der Berechnung der Ortslohnzulage Bruchgebnisse, so wird unter einem halben Pfennig nach unten, über einen halben Pfennig nach oben abgerundet. In der Praxis wird sich jedoch ergeben, daß alsbald in eine Nachprüfung der Ortslohnzulagen eingetreten werden muß. Das ist regierungsseitig auch bereits zugesagt worden. Sie wird, sobald auch in der Privatindustrie Goldlohnabläufe überall vorhanden sind, in Revisionsverhandlungen eintreten. Wichtig ist, daß die Regierung trotz Schaffung der Wirtschaftsgebiete vorerst unter allen Umständen an den zentralen Verhandlungen festhalten will. Die Arbeitnehmervertreter haben der Einführung der Wirtschaftsgebiete keinen Vorstoß geleistet, sie aber schließlich eingenommen, zumal sie uns von der nicht idealen Ortsklasseneinteilung befreit.

Das Lohnbild sieht nun folgendermaßen aus: Es erhalten alle über 24 Jahre alten Betriebsarbeiter in Ortsklasse A: Lohngebiet 1: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 44, II 39, III 35, IV 32, V 30, VI 28, VII 26 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 22, II 19, III 18 Pf. — Lohngebiet 2: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 51, II 45, III 41, IV 37, V 34, VI 32, VII 30 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 26, II 22, III 21 Pf. — Lohngebiet 3: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 56, II 50, III 45, IV 40, V 37, VI 35, VII 33 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 28, II 24, III 23 Pf. Verwaltungsarbeiter: Lohngebiet 1: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 16,80, II 13,92, III 12,48 Pf.; weibliche

Arbeiter in Lohngruppe I 9,84, II 8,64 Pf. — Lohngebiet 2: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 19,08, II 15,84, III 14,40, IV 13,20, V 12,00, VI 10,80, VII 9,60 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 11,52, II 10,08, III 9,12, IV 8,16, V 7,20, VI 6,24, VII 5,28 Pf. — Lohngebiet 3: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 21,60, II 19,44, III 17,28, IV 15,12, V 12,96, VI 10,80, VII 8,64 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 12,96, II 11,52, III 10,08, IV 8,64, V 7,20, VI 5,76, VII 4,32 Pf. Diese Sätze ermäßigen sich nach Altersstufen: für den 23jährigen Arbeiter 98 Proz., für den 22jährigen Arbeiter 96 Proz., für den 21jährigen Arbeiter 94 Proz., für den 20jährigen Arbeiter 90 Proz., für den 19jährigen Arbeiter 85 Proz., für den 18jährigen Arbeiter 80 Proz., für den 17jährigen Arbeiter 60 Proz., für den 16jährigen Arbeiter 45 Proz., für den 15jährigen Arbeiter 30 Proz., für den 14jährigen Arbeiter 20 Proz.

Die Abstufung nach Ortsklassen beträgt je 1 Pf. pro Stück Betriebsarbeiter und 48 Pf. pro Woche für Verwaltungsarbeiter.

Zu diesen Sätzen kommen dann gegebenenfalls noch Ortszulagen und eine soziale Zulage in Höhe von 3 Pf. für die Arbeiter und jedes Kind. Abgesehen von der Tatsache, daß die Sätze auf so niedrig sind, haben sie vor allen Dingen noch eine Auswirkung für die Kollegen in den untersten Lohngruppen, Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Lohngruppen, diesen Abluß ganz ungeheuer erweitert wurde. Wenn man zugeben, daß Qualitätsarbeit höhere Wertung finden muß, so das doch nicht in so erheblichem Maße, wie hier, auf Kosten der gelerten Arbeiter erfolgen. Das Vorhaben der Regierung dieser Weise zu verfahren, wurde von uns schon in der ersten Verhandlungserunde erkannt und deshalb auch die ganzen fünf Tage durch das Hauptaugenmerk nur darauf gerichtet, zunächst für den Mann in Gruppe VII, Wirtschaftsgebiet 1, möglichst zu drücken. Wenn man dabei bedenkt, daß die Regierung ursprünglich beabsichtigte, von Gruppe I zu VII eine Spannung bis zu 100 Prozent zuzubringen, diese jetzt aber nur noch etwa 70 Proz. beträgt, das aber doch hervor, daß unser Bemühen nicht vergeblich. Ein weiterer von uns unternommener Versuch, die Spannungen unteren Altersgruppen zwischen den 14- und 18jährigen etwas mildern, scheiterte ebenfalls an dem Widerstand der Regierung. Wenn wir auch nicht verkennen, daß das Reich an seiner trostlosen Finanzlage sich zurzeit in einer außerordentlich schwierigen Lage befindet, so darf es doch nicht dazu kommen, man für den Arbeiter einen Lohn festsetzt, der nicht einmal an die Höhe der Vorkriegszeit heranreicht und das in Anbetracht der Umstände, daß die Preise für Lebensmittel heute um ein ganz Bedeutendes, zum Teil bis zu 200 Proz., über dem Friedensniveau liegen. Diese Vorgehensweise ist keine Vereinbarung der Gewerkschaften mit der Regierung darzustellen, sondern von uns lediglich hingenommen, weil auf dem Verhandlungswege nicht mehr zu erreichen war. Sie bedeuten in der Praxis die Stabilisierung des Geldes, in das die deutsche Arbeiterklasse der letzten Jahre dank einer geradezu unverantwortlichen Finanzpolitik hineingeraten ist. Es geht nicht an, daß ein Arbeiter bei Reich und Staat allein die Last der steigenden Lebenshaltung und durch Erhaltung der Sachwerte so viel zu bereinzubekommen, daß die der Allgemeinheit dienende Wirtschaft ein auskömmliches Dasein hat.

Erfreulicherweise sind nun in den letzten Tagen die Preise für Lebensmittel etwas zurückgegangen. Noch aber stehen die Preise für Textilwaren, für Schuhe usw. in gar keinem Verhältnis zu den heutigen Löhnen. Die große Masse der Arbeiter muß unter diesen Umständen wieder kauftüchtig gemacht werden. Es wird daher Aufgabe unseres Verbandes sein, zu gegebener Zeit gemeinsam mit den übrigen Arbeitnehmerorganisationen beim Reich Anträge auf Verbesserung der Lebenshaltung einzurichten. Für unsere Kollegen in den einzelnen Betrieben und Verwaltungen erwächst die wichtige Pflicht, alles zu tun, was unsere Organisation stärkt und nicht unterlassen, was sie schwächen könnte. Weder radikales Verhalten noch Verzweiflung, wie sie leider in den letzten Wochen sich bemerkbar gemacht hat, helfen uns die Schwierigkeiten zu überwinden. Fünf Jahre lang sind unsere Reichs- und Staatsarbeiter in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingetreten. Manches ist ihnen in dieser Zeit oft nur allzu nahe gekommen. Die automatische Lohnbewegungen der Jahre und Monate hat man allmählich als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Nun geht es wieder hart auf hart. Um solche Dinge muß stundenlang gehandelt werden und selbst dann wird es immer möglich sein, auf dem Verhandlungswege allein voranzukommen. Es besteht die Gefahr, daß über kurz oder lang die Arbeiter infolge der Herannahende der Eisenbahn aus dem Bereich der Lohnbewegungen selbst führen. Dann fällt das Schwergewicht der Verhandlungen für die übrigen Reichs- und Staatsarbeiter auf unsere Organisation. Und dann wollen und müssen wir zeigen, daß wir auch allein stark sind. Also keine Forderungen seines Verlassen des Verbandes, weil einem mal dieses oder jenes nicht in den Kräfte passt, sondern zusammenhalten, gewerkschaftliche Erziehungsbereitschaft leisten und, was das Wichtigste ist, dafür sorgen, daß die Organisation die nötigen Mittel erhält, um über die Zukunft Kämpfe führen zu können.

Brief aus München.

Der Novemberputsch liegt hinter uns. Die Herrlichkeit der Bolschewisten keine 24 Stunden. Rahr schwankte ab und die Zustimmung der Arbeiterchaft gab die gewünschte Gelegenheit zur Überwindung der „Vaterländischen“ Einheitsfront nicht. Unter anderem die wenigen Stunden als „Kostprobe“ der Kultur der Arbeiter und Länderspezifischer. Die Presse hat von den Auswirkungen (Währungsänderungen, Hausfriedensbrüchen, Diebstählen, Verhaftungen, Bedrohungen, Verschleppungen z. B. der sozialistischen Arbeiter, darunter des weißhaarigen Bürgersmeisters Genossen) nicht nur von dem ganzen Land aus in uns nur wenig geteilt. Ein paar Schiffe der Reichswehr allerdings haben genügt, bis hin an die Röhre bewaffneten Soldaten zur Flucht, Ludendorff übertrug, hinter zum Rückzug in seinen Benzowagen zu verpacken, die moralische Verantwortung für den Putsch fällt der Reichsregierung zu. Denn nicht trotz des „Ausgangs“ gerade seine wegen konnten sich die Dinge in der Ordnung nicht entwickeln, da er absolut einseitig gegen links getrieben war. Zudem hatte die Regierung durch ihre Politik gegenüber dem Reich den Resonanzboden gestoffen. Unfähig, selbst zu tun, so hat sie sich nach einem „Regenform“ um und befristete sich fern von Jahr als Generalkonferenzminister, wobei sie den zum Götter machte. Nach Niederschlagung des Putsches hat die Reichsregierung durch Maueranschläge die Aburteilung der Hochverrats durch ein Sondergericht verkündet. Doch die Sorge werden durch ein Haussein zu gebürer Ludendorff ist freilich auf „Ehrenamt“ hin, das er nach offizieller Kundgebung tagsüber behandelt werden. Eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof war fragbar. Derselbe Ausnahmestand, unter dem der Reichsregierung, soll fortbestehen. Ein Beweis seiner unvorstellbaren Anwendung lieferte das Verbot der ganzen kommunistischen bayerischen Presse und der kommunalistischen von der Begründung, daß linksradikale Streifenredner gegen den Reich. Nun ist ganz richtig, daß die Stimmung der Straßenbewohnermassen gegen Rahr richtete. Rahr keine linksradikalen Arbeiter dabei. Einen besonderen „Anführer“ lernte an den stürmischen Tagen ein großer bayerischer Einzelkämpfer in den Räumen der Unionsfreiheit, der bayerische Professoren überdrückten, so daß die Unionsfreiheit nicht mehr möglich. Zur Zeit ist äußerlich Ruhe, eine Reintreibung nicht erfolgt, dagegen weiß man trotz unverhüllbarer Zusammenhänge den Bakterienbühnen, zwischen Rahr und Maueranschlägen die Ministerien selbst sich im „Kampf um den Reichsismus“.

Wirtschaftlich? Die erste Tat unseres Diktators war die Abschaffung des Bierpreises auf die Hälfte. Zwei Tage darauf wurde auf das Drängen der armen Brauereten hin auf das Verbot der Anprohungen und Aufzinsen aber zur Einkämpfung der Inflationen wenig Einfluss zu haben. Damit der Weg zur Wirtschaftlichkeitspolitik der Handwerker, nach seine Wirtschaftlichkeitspolitik im Geist selbst sein. Doch schwerhörig ist die Komplexer Butterbörse wirkt unüberwindlich. Die Bewunderung lesen die Münchner von einem 25. bis 30. November in norddeutschen Städten. In München ist die agrarischen Hinterland wird zu gleicher Zeit der Reichsregierung auf 32 Bl. erhöht. Die Politik der Arbeiterbewegung nach Lohnabbau hingegen sind williges Geß. Die sehr gespannten Verhältnisse zwischen Bayern und Reich sind beson auf die Anwendung des in Berlin erlundenen „Verbot (Entbehrens-) Faktors“ volle Solidarität. Damit oder die Regierung und Ruhe nicht gestört wird, hat der Statthalter der Bayern Herr v. Rahr, für ein Streikverbot gefordert. Der Kampf der Reaktion, der unter dem Sammelruf „Gegen den Bolschewismus“ geführt wird, ist selbstverständlich nicht spurlos an der Arbeiterbewegung. Die Kollektschaft gibt ihrem steigenden Unmut über die Not in allen Gewerkschaftsversammlungen Bewegung. Daß sich dabei vielfach ihre Anklagen gegen ihre einzelnen Führer und deren Führer richten, ist aus der Not jedes einzelnen und dem Mächtigsten der großen wirtschaftlichen und politischen Probleme aber auch der außenpolitischen Verhältnisse und der Lage zu verstehen. Daß sich ihre Kritik wenn überhaupt, nicht sehr gegen die Gewerkschaftsführer am Orte als vielmehr gegen die Spitzenvertreter richten, liegt in der Natur der Sache. Die Gewerkschaftsversammlungen werden zu allen dem Unmut, der Verärgerung, der Not und des Unwillens, von der die Arbeiterchaft befallen wurde. Nur wenn inmitten der Bewegung steht, der weiß, welche ungeheure Anforderungen an die Führer der Gewerkschaften, an die Betriebsräte und an die Gewerkschaften gestellt werden, um die schlimmsten Bedrohungen nicht wahr werden zu lassen. Als Lichtbild darf bestrahlt werden, daß sich in den stürmischen Tagen des 8. und 9. November 1923 die Arbeiterchaft wie ein Mann und die ge-

werkschaftlichen Organisationen gefehert hat. Ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit haben die Betriebsräte und Verbandsfunktionäre die Weisungen ihrer Führer befolgt in der klaren Erkenntnis der Notwendigkeit einer restlosen Einigkeit und Geschlossenheit. Da gab es kein Diskutieren mehr, sondern nur noch ein Kommen und Gehen und Handeln. Ihnen allen gebührt daher aufrichtiger Dank der Gesamtarbeiterchaft. Noch sind wir aber nicht über dem Berg. Schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe (Bauhau, Arbeitsschutz) stehen uns bevor. Es wird deshalb alles darauf ankommen, ob sich die Gewerkschaften dieser schweren Zeit und den veränderten Verhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit als gewachsen erweisen werden. Sie werden es, wenn auf der einen Seite Führer, Betriebsräte und Funktionäre treu zusammenwirken und die Arbeiterchaft geschlossen hinter ihnen steht und auf der anderen Seite die Spitzenvertreterungen sich heute schon völlig darüber im Klaren sind, daß es Dinge im gewerkschaftlichen Leben gibt, bei denen es keine Konzessionen an den Kapitalismus gibt, sondern nur den schärfsten Kampf. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für diesen Kampf wäre auch als Bindeglied zwischen Führung und Arbeiterchaft das regelmäßige Wiedererschimmen unserer „Gewerkschaft“.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Der politische Himmel hat sich in den letzten vier Wochen keineswegs aufgekheitert. Der Belagerungsstand bezieht noch immer und hat sich unter dem General von Seeck, dem inzwischen der Oberbefehl übertragen wurde, gegenüber der Arbeiterchaft eher noch verschärft. So sind bei dem Streik der Buchdrucker und der Mühlenarbeiter in Berlin die Streikfestsetzungen verhängt worden. Die Streikversammlungen der Buchdrucker wurden von der Polizei aufgelöst. — Die von dem ehemaligen Kronprinzen des Reichs erstrebte Rückkehr nach Deutschland hat sich inzwischen unter Zustimmung der Reichsregierung vollzogen. Wilhelm Jannertseckbruff ist nun wieder in Oest, wo er als junger Mann einst seine schwebende Rede von den Glenden hielt meinte er die Arbeiterbewegung sprühte. Daß dieser Mann, die Hoffnung aller Monarchisten, eine Gefahr für die Republik ist, dürfte unbestritten. — Nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung hat Herr Stresemann noch eine Zeitlang weiter gewartet. Zur Verhärkung seiner Kumpregierung holte er sich den Oberbürgermeister Jares-Duisburg als Innenminister, der ob seiner nationalistischen Einstellung, von der Rechten begrüßt, von der Linken sehr misstrauisch aufgenommen wurde. Trotz aller Bemühungen sich zu halten, wurde am 23. November das Kabinett Stresemann doch vom Reichstag abgesetzt. Nach mehrstündiger parlamentarischer Debatte, in der die Sozialdemokraten durch den Abgeordneten Weis (Soz.) die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangten, die Stresemann angeblich nicht bewilligen konnte, wurde dem Kabinett mit 230 gegen 135 Stimmen das Vertrauen entzogen. Sein Nachfolger ist seit dem 30. November die Regierung Marx, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Dr. Marx (Zentr.) Reichskanzler, Dr. Stresemann (D. Vpl.) Minister des Auswärtigen, Jares-Bischof Minister des Innern, Dr. Geßler (Dem.) Reichswirtschaftsminister, Dr. Braun (Zentr.) Arbeitsminister, Dr. Hoffe, Postminister und besetzte Gebiete, Gumming (Bayer. Volksp.) Justiz, Dr. Luther Finanzen, Oeser (Dem.) Verkehr, Rantz Ernährung, Gamm (Dem.) Wirtschaft. Diese Zusammenstellung ist keineswegs besser als die Stresemann-Regierung. Durch den Eintritt von Gumming dürfte sie noch um einige Grade reaktionärer sein. Das neue Kabinett hat seine Regierung damit begonnen, daß es sich ein neues Ermächtigungsgesetz bewilligen ließ. Die KZPD hat dem zugestimmt, um Neuwahlen des Reichstags unter dem Ausnahmezustand zu vermeiden oder Herrn Marx mit dem Artikel 48 regieren zu lassen. Nach den Erfahrungen mit dem ersten Ermächtigungsgesetz ist die Zustimmung der KZPD vom gewerkschaftlichen Standpunkt äußerst bedenklich. — Außenpolitisch sind einige Lichtblicke zu verzeichnen. Die Parlamentarier in England brachten der Arbeiterpartei und den wiedervereinigten Liberalen auf Kosten der Konservativen großen Zuwachs. Die Arbeiterpartei ist mit 197 Mandaten die zweitstärkste Partei. Die Konservativen besitzen nur noch 222 Sitze, die Liberalen erzielten 149 Mandate. Damit ist die absolute Herrschaft der Konservativen gebrochen. Die Regierung Baldwin wird voraussichtlich zurücktreten. Allerdings ist noch unbestimmt, was dann kommt. — Die Not der Arbeiterbewegung in Deutschland hat die gewerkschaftliche wie auch die sozialistische Internationale zum Eingreifen veranlaßt. Beide haben Aufrufe zur Unterstützung des deutschen Proletariats erlassen, die sich praktisch bereits dahin ausgewirkt haben, daß namentlich unsere Arbeit vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden Gewerkschaften verschiedentlich Unterstützungen erhielten und weitere Hilfe zugesagt ist. Auch unser Verband hat bereits Hilfe erhalten. — Wirtschaftspolitisch sei nur noch festzustellen, daß seit dem 15. November die Notennote im Umlauf ist und die Papiermarkflation eingebremst wurde. Das hat bis jetzt eine Stabilisierung der Mark zur Folge gehabt. Auch ist bereits ein Preisabbau, wenn auch noch in unzureichender Weise, erfolgt. Nach der Richtung wird zunächst noch mehr getrieben müssen. — Das Recht der letzten vier Wochen ist also politische Reaktion, aber wirtschaftlich etwas Erleichterung. Letztere wird und muß werden, den Kampf für Arbeit und Fortschritt wieder stärker aufnehmen, so daß wir mit etwas mehr Hoffnung ins neue Jahr gehen können, als es vor vier Wochen noch der Fall war.

Die Arbeiter werden in ihren Organisationen zusammenstehen, sie haben erkannt, daß nur die Einigkeit und Geschlossenheit gegen solche Vohndiktate auskommt. Und wir werden die Internationale wie auch die Staats- und Stadtverwaltungen mit starker gewerkschaftlicher Macht in Zeiten der wiederkehrenden Wirtschaftskonjunktur zwingen, unsere berechtigten Forderungen für eine menschenwürdige Existenz anzuerkennen.

Das können wir freilich nur, wenn unsere Gewerkschaftsorganisation wieder vollaktionsfähig ist. Dafür sehen wir in diesen Tagen einige hoffnungsvolle Anzeichen und darum darf auch die Kollegenschaft trotz aller Tagesnöte wieder hoffen. An den dunkelsten Tagen, da das Sonnenlicht sich hinter Nebelschleieren verbirgt, naht das Fest der Sonnenwende. Und in all der trüben Weihnachtsstimmung dieses Jahres rufen wir unsern Kollegen zu:

Seid unvergagt! Wir lassen uns nicht unterliegen von den Unbilden dieser Zeit. Der ungebrochene Kampfeswille führt uns im guten Wirtschaftslagen wieder aufwärts. Unsere Organisation verbleibt ein gewaltiger Kraftfaktor jetzt und in Zukunft, trotz allem!

Abchluß eines Goldlohn tariffs für die Reichs- und Staatsarbeiter.

In fünfstägigen schweren Verhandlungen im Reichsfinanzministerium kam am Freitag, den 24. November, ein Goldlohn tariff zustande, der bei unsern Kollegen restlose Befriedigung faum auslösen dürfte. Dieser Abchluß konnte daher auch nicht die Zustimmung der Arbeitnehmerorganisationen finden. Man hat ihn hingenommen, weil auf dem Verhandlungswege nicht mehr zu erreichen war. Dies wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Regierung beim Beginn der Verhandlungen als niedrigsten Satz 20 Pf. Stundenlohn für den ungelerten Arbeiter angeboten hatte, der infolge des energischen Eingreifens der Arbeitnehmervertreter wenigstens auf 26 Pf. erhöht wurde. Technisch betrachtet, ist bei diesem Abchluß zunächst einmal das Bemerkenswerteste die Einteilung Deutschlands in drei Wirtschaftsgebiete.

Das Wirtschaftsgebiet 1, Ostdeutschland, umfaßt Schlesien, Ostpreußen und Westpreußen, Mecklenburg, Pommern und einen Teil der Provinz Brandenburg, sowie Teile aus Bayern und Württemberg. Wirtschaftsgebiet 2, gleichzeitig geographisch das größte, umfaßt Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hamburg, Albed, Berlin, Mitteldeutschland, die Freistaaten Sachsen und Thüringen, den größten Teil Bayerns und Württemberg, sowie einen Teil von Baden. Die Grenze verläuft ausschließlich Mannheim, Frankfurt am Main durch das Siegerland in der Richtung Hamm, während der Westen mit Rheinland, dem Ruhrgebiet und einem Teil von Baden und Hessen, sowie die Pfalz, das Wirtschaftsgebiet 3 bilden. Innerhalb dieser Gebiete bleiben die bereits vorhandenen fünf Ortsklassen bis auf weiteres bestehen, jedoch ist beabsichtigt, die neugetroffene Gebieteinteilung als eine Grundlage zu betrachten, um später zu mehreren Wirtschaftsbezirken unter wesentlicher Verringerung der Ortsklassen zu gelangen.

Die Ortslohnzulagen bleiben nach den bisher geltenden Bestimmungen im Wirtschaftsgebiet 1 bestehen, werden dagegen im Wirtschaftsgebiet 2 um 15 Proz. und im Wirtschaftsgebiet 3 um 27 Proz. getürgt. Wenn z. B. im Wirtschaftsgebiet 2 ein Ort 20 Proz. Ortslohnzulage erhalten hat, so erhält er künftig nur noch 5 Proz. Ergeben sich bei der Berechnung der Ortslohnzulage Bruchpennige, so wird unter einem halben Pfennig nach unten, über einen halben Pfennig nach oben abgerundet. In der Praxis wird sich jedoch ergeben, daß alsbald in eine Nachprüfung der Ortslohnzulagen eingetreten werden muß. Das ist regierungsseitig auch bereits zugegeben worden. Sie wird, sobald auch in der Privatindustrie Goldlohnabschlüsse überall vorhanden sind, in Revisionsverhandlungen eintreten. Wichtig ist, daß die Regierung trotz Schaffung der Wirtschaftsgebiete vorerst unter allen Umständen an den zentralen Verhandlungen festhalten will. Die Arbeitnehmervertreter haben der Einführung der Wirtschaftsgebiete keinen Vorchub geleistet, sie aber schließlich angenommen, zumal sie uns von der nicht idealen Ortsklasseneinteilung befreit.

Das Lohnbild sieht nun folgendermaßen aus: Es erhalten alle über 24 Jahre alten Betriebsarbeiter in Ortsklasse A: Lohngebiet 1: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 44, II 39, III 35, IV 32, V 30, VI 28, VII 26 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 22, II 19, III 18 Pf. — Lohngebiet 2: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 51, II 45, III 41, IV 37, V 34, VI 32, VII 30 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 26, II 22, III 21 Pf. — Lohngebiet 3: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 56, II 50, III 45, IV 40, V 37, VI 35, VII 33 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 28, II 24, III 23 Pf. Verwaltungsarbeiter: Lohngebiet 1: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 16,80, II 13,92, III 12,48 Pf.; weibliche

Arbeiter in Lohngruppe I 9,84, II 8,64 Pf. — Lohngebiet 2: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 19,08, II 15,84, III 14,40, weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 11,52, II 10,08 Pf. — Lohngebiet 3: Männliche Arbeiter in Lohngruppe I 21,60, II 19,44, III 17,28 Pf.; weibliche Arbeiter in Lohngruppe I 12,11,04 Pf. Diese Sätze ermäßigen sich nach Altersstufen: 23-jährigen Arbeiter 93 Proz., für den 22-jährigen Arbeiter 94 Proz., für den 21-jährigen Arbeiter 95 Proz., für den 20-jährigen Arbeiter 96 Proz., für den 19-jährigen Arbeiter 97 Proz., für den 18-jährigen Arbeiter 98 Proz., für den 17-jährigen Arbeiter 99 Proz., für den 16-jährigen Arbeiter 45 Proz., für den 15-jährigen Arbeiter 50 Proz., für den 14-jährigen Arbeiter 20 Proz.

Die Abstufung nach Ortsklassen beträgt je 1 Pf. pro Stunde Betriebsarbeiter und 48 Pf. pro Woche für Verwaltungsarbeiter.

Zu diesen Sätzen kommen dann gegebenenfalls noch Ortszulagen und eine soziale Zulage in Höhe von 3 Pf. für die männlichen und jedes Kind. Abgesehen von der Tatsache, daß die Sätze viel zu niedrig sind, haben sie vor allen Dingen noch eine Auswirkung für die Kollegen in den untersten Lohngruppen, Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Lohngruppen diesen Abchluß ganz ungeheuer erweitert wurde. Wenn wir zugeben, daß Qualitätsarbeit höhere Wertung finden muß, das doch nicht in so erheblichem Maße, wie hier, auf Kosten der geleerten Arbeiter erfolgen. Das Vorhaben der Regierung dieser Weise zu verfahren, wurde von uns schon in der ersten Verhandlungssunde erkannt und deshalb auch die ganzen fünf Tage durch das Hauptaugenmerk nur darauf gerichtet, zunächst den für den Mann in Gruppe VII, Wirtschaftsgebiet 1, möglichst zuzubringen. Wenn man dabei bedenkt, daß die Regierung uniparteiisch beabsichtigte, von Gruppe I zu VII eine Spannung bis zu 100 hinauszubringen, diese jetzt aber nur noch etwa 70 Proz. beträgt, geht daraus doch hervor, daß unser Bemühen nicht vergeblich war. Ein weiter von uns unternommener Versuch, die Spannung unteren Altersgruppen zwischen den 14- und 18-jährigen etwas mildern, scheiterte ebenfalls an dem Widerstand der Regierung. Wenn wir auch nicht verkennen, daß das Reich an seiner trostlosen Finanzlage sich jetzt in einer außerordentlich schwierigen Lage befindet, so darf es doch nicht dazu kommen, man für den Arbeiter einen Lohn festsetzt, der nicht einmal annähernd an die Höhe der Vorkriegszeit heranreicht und das in Anbetracht der Umstände, daß die Preise für Lebensmittel heute um ein so bedeutendes, zum Teil bis zu 200 Proz., über dem Friedensniveau liegen. Diese Lohrsätze sollen keine Vereinfachung der Verhältnisse an den Arbeitnehmern darstellen, sondern von uns lediglich hingenommen, weil auf dem Verhandlungswege nicht mehr zu erreichen war. Sie bedeuten in der Praxis Stabilisierung des Lebens, in das die deutsche Arbeiterklasse im Laufe der letzten Jahre dank einer geradezu unvorstellbaren Finanzpolitik hineingeraten ist. Es geht nicht an, daß ein Arbeiter bei Reich und Staat allein die Leidtragenden für die schlechte Lage der Regierung sein, durch eine vernünftige Gesetzgebung und durch Erhaltung der Sachwerte so viel zu hereinzubekommen, daß die Allgemeinheit dienende Arbeit ein auskömmliches Dasein hat.

Erfreulicherweise sind nun in den letzten Tagen die Preissteigerungen etwas zurückgegangen. Noch aber haben die Preise für Textilwaren, für Schuhe usw. in gar keinem Verhältnis zu den heutigen Löhnen. Die große Masse der Arbeiter muß unter Umständen wieder kaufkräftig gemacht werden. Es wird Aufgabe unseres Verbandes sein, zu geeigneter Zeit gemeinsam mit den übrigen Arbeitnehmerorganisationen beim Reich Vorschläge zur Verbesserung der Lebenshaltung einzubringen. Für unsere Kollegen in einzelnen Betrieben und Verwaltungen erwächst die Pflicht, alles zu tun, was unsere Organisation stärkt und zu unterstützen, was sie schwächen könnte. Weder radikales Handeln noch Verzögerung, wie sie leider in den letzten Wochen sich bemerkbar gemacht hat, helfen uns die Schwierigkeiten abwenden. Fünf Jahre lang sind unsere Reichs- und Staatsarbeiter in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten eingetreten. Manches ist ihnen in dieser Zeit oft nur allzu deutlich schmerzhaft gefallen. Die automatischen Lohnbewegungen der Jahre und Monate hat man allmählich als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Nun geht es wieder hart auf hart. Um halbe Pfennig stundenlang gehandelt werden und selbst dann wird es immer möglich sein, auf dem Verhandlungswege allein vorwärts zu kommen. Es besteht die Gefahr, daß über kurz oder lang die Bahn infolge der Herausnahme der Eisenbahn aus dem Reichslohnbewegungen selbst führen. Dann fällt das Schweregewicht der Verhandlungen für die übrigen Reichs- und Staatsarbeiter unsere Organisation. Und dann wollen und müssen wir zeigen, daß wir auf alle in stark sind. Also keine Folgebewegungen seines Verlassen des Verbandes, weil einem mal dieses oder jenes nicht in den Kram paßt, sondern zusammenhalten, gewerkschaftliche Erziehungsarbeit leisten und, was das Wichtigste ist, dafür sorgen, daß die Organisation die nötigen Mittel erhält, um über längere in Zukunft Kämpfe führen zu können.

Brief aus München.

Der Novemberputz liegt hinter uns. Die Herrlichkeit der Wä-
berete seine 24 Stunden. Rahr schwenkte ab und die Zu-
berückhaltung der „Baterländischen“ Einheitsfront nicht.
die wenigen Stunden als „Kostprobe“ der Kultur
Lubenbockerianer. Die Presse hat von den Aus-
(Mißhandlungen, Mauthausenbrüchen, Diebstählen,
Bedrohungen, Verschleppungen z. B. der sozialisti-
darunter des weißhaarigen Bürgermeisters Genossen
von dem ganzen Vandalismus nur wenig ge-
Schüsse der Reichswehr allerdings haben genügt.
bis in die Bahne benutzten Helzen zur Flucht, Lubenbock
Hüter zum Rückzug in seinen Benzwagen zu ver-
die moralische Verantwortung für den Putz fällt der
Regierung zu. Denn nicht trotz des Aus-
Rahrs, dessen wir uns seit Monaten „erfreuen“,
gerade feindlichen konnten sich die Dinge in der Orbanungs-
entwickeln, da er absolut einseitig gegen links ge-
war. Zudem hatte die Regierung durch ihre Politik gegen-
Reich den Neuanfang geschaffen. Unfähig, selbst zu
schickte sich nach einem „Regensturm“ um und begnügte
sich fern von Rahr als Generalkommissar, wobei sie den
zum Gärtner machte. Nach Niederschlagung des Putzes hat
durch Raueranschläge die Aburteilung der Hochver-
durch ein Sondergericht verurteilt. Doch die Verge werden
zu ein Waisen zu gebären! Lubenbock ist freilich auf
„Ehrenwort“ hin, das er nach offizieller Kundgebung tags
erzählen sollte. Stüters Fall soll vor dem berühmten Volks-
gericht verhandelt werden. Eine Auslieferung an den Staatsgerichts-
hof untragbar. Derselbe Ausnahmezustand, unter dem der
Reich soll fortbestehen! Ein Beweis seiner unverän-
derlichen Anwendung lieferte das Verbot der ganzen
nationalen bayerischen Presse und der kommunistischen
von der Benennung, daß linksradikale Streifenreiter gegen
den Reich. Nun ist ganz richtig, daß sich die Stim-
mung der Straßenbevölkerungsmassen gegen Rahr richtete.
Rahr keine linksradikalen Arbeiter dabei. Einen besonderen
„Kultur“ lieierte an den fürmlichen Tagen ein groß
der bayerischen Studentenchaft in den Räumen der Universität,
die stürmische Prozessorie niederschrien, so daß die Unioersität
abgeschlossen wurde. Zur Zeit ist äußerlich Ruhe, eine Reint-
heit nicht erfolgt, dagegen weiß man trotz unverhüllbarer
zwischen den Bayerländischen, zwischen Rahr und Mi-
nister v. Kinnernhaus des Ministeriums selbst sich ein im „Kampf
mit dem Reich“.

wirtschaftlichen Organisationen gespart hat. Ohne Unterschied
ihrer Parteizugehörigkeit haben die Betriebsräte und Berbau-
funktionäre die Weisungen ihrer Führer befolgt in der klaren
Erkenntnis der Notwendigkeit einer restlosen Einigkeit und Ge-
schlossenheit. Da gab es kein Diskutieren mehr, sondern nur
noch ein Kommen und Gehen und Handeln. Ihnen allen gebührt
daher aufrichtiger Dank der Gesamtarbeiterchaft. Noch sind wir
aber nicht über dem Berg. Schwere wirtschaftliche und politische
Kämpfe (Wohnbau, Arbeitszeit) stehen uns bevor. Es wird des-
halb alles darauf ankommen, ob sich die Gewerkschaften dieser
schweren Zeit und den veränderten Verhältnissen gegenüber der Ver-
tragszeit als gewachsen erweisen werden. Sie werden es, wenn auf
der einen Seite Führer, Betriebsräte und Funktionäre treu zu-
sammenwirken und die Arbeiterchaft geschlossen hinter ihnen steht
und auf der anderen Seite die Spitzenvertreterungen sich heute schon
willing darüber im Klaren sind, daß es Dinge in der gewerkschaftlichen
Leben gibt, bei denen es keine Konzessionen an den Kapitalismus
gibt, sondern nur den schärfsten Kampf. Von nicht zu unterschätzender
Bedeutung für diesen Kampf wäre auch als Bindeglied zwischen
Führung und Arbeiterchaft das regelmäßige Wiedererscheinen
unserer „Gewerkschaft“.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Der politische Himmel hat sich in den letzten vier Wochen
aufgeheitert. Der Belagerungsstand befreit sich immer und hat sich
unter dem General von Seekt, dem inwischen der Oberbefehl übertragen
wurde, gegenüber der Arbeiterchaft eher noch verschärft. So sind bei
dem Streik der Buchbinder und der Mühlenarbeiter in Berlin die Ein-
stellungen verschärfert worden. Die Streikversammlungen der Buchbinder
wurden von der Polizei aufgelöst. — Die von dem ehemaligen
Kronprinzen des Reichs ererbte Rückkehr nach Deutsch-
land hat sich inzwischen unter Zustimmung der Reichsregierung
vollzogen. Wilhelm Zimmerrath hat nun wieder in Ost, wo er
als junger Mann einst seine schönstige Rede von den Glenden (damit
meinte er die Arbeiterbewegung) gehalten. Daß dieser Mann, die Hoff-
nung aller Monarchisten, eine Gefahr für die Republik ist, dürfte ein-
leuchtend sein. — Nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichs-
regierung hat Herr Stresemann noch eine Zeitlang weiter gewartet. Zur
Verhärterung seiner Kumpfsregierung holte er sich den Oberbürgermeister
Jarres-Duisburg als Innenminister, der ob seiner nationalpolitischen
Einstellung, von der Rechten begrüßt, von der Linken sehr mißtraulich
ausgenommen wurde. Trotz aller Bemühungen sich zu halten, wurde am
22. November das Kabinett Stresemann doch vom Reichstag aufgelöst. Nach
mehrseitiger parlamentarischer Debatte, in der die Sozialdemokraten
durch den Abgeordneten Wels (Zent.) die Aufhebung des Ausnahme-
zustandes verlangten, die Stresemann angeblich nicht bewilligen konnte,
wurde dem Kabinett mit 220 gegen 155 Stimmen das Vertrauen ent-
zogen. Sein Nachfolger ist seit dem 30. November die Regierung Marx,
die sich folgendermaßen zusammensetzt: Dr. Marx (Zent.) Reichs-
kanzler, Dr. Stresemann (D. Vpt.) Minister des Äußeren, Jarres
Vizekanzler und Minister des Innern, Dr. Sepler (Dem.) Reichswir-
tschaftsminister, Dr. Braun (Zent.) Arbeitsminister, Dr. Hölle, Re-
gierungsminister und besetzte Gebiete, Gemminger (Bayer. Volksp.) Justiz,
Dr. Lutzer Finanzminister, Deser (Dem.) Reichs- und Handelsminister,
Hamann (Dem.) Reichsminister. Diese Zusammenstellung ist keineswegs besser
als die Stresemann-Regierung. Durch den Eintritt von Gemminger
dürfte sie noch um einige Grade reaktionärer sein. Das neue Kabinett
hat seine Regierung damit begonnen, daß es sich ein neues Ermäch-
tigungsgesetz bewilligen ließ. Die SPD. hat dem zugestimmt, um Aus-
waschen des Reichstags unter dem Ausnahmezustand zu vermeiden oder
dem Marx mit dem Artikel 48 regieren zu lassen. Nach den Erfahrungen
mit dem ersten Ermächtigungsgesetz ist die Zustimmung der SPD. vom
gewerkschaftlichen Standpunkt aus sehr bedenklich — Anknüpfung sein
einige Richtlinie zu vergleichen. Die Parlamentarier haben in England
brachten der Arbeiterpartei und den wiedervereinigten Liberalen auf
Kosten der Konservativen großen Zuwachs. Die Arbeiterpartei ist mit
197 Mandaten die zweitstärkste Partei. Die Konservativen behielten wie
noch 22 Sitze, die Liberalen erzielten 149 Mandate. Damit ist die
absolute Herrschaft der Konservativen gebrochen. Die Regierung Baldwin
wird voraussichtlich zurücktreten. Allerdings ist noch unbestimmt, was
dann kommt. — Die Not der Arbeiterbewegung in Deutschland hat die
gewerkschaftliche wie auch die sozialistische Internationalen zum Eingreifen
veranlaßt. Beide haben Aufrufe zur Unterstützung des deutschen Prole-
tariats erlassen, die sich praktisch bereits dahin ausgewirkt haben, daß
namentlich unsere nahezu vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden
Gewerkschaften verschiedenlich Unterstützungen erhielten und weitere Hilfe
zugelassen ist. Auch unser Verband hat bereits Hilfe erhalten. — Betriebs-
schaftspolitisch sei nur noch festgestellt, daß seit dem 15. November die
Reichsarbeit im Umlauf ist und die Papiermarkflation eingebremst
wurde. Das hat bis jetzt eine Stabilisierung der Mark zur Folge gehabt.
Auch ist bereits ein Preisabbau, wenn auch noch in ungenügender Weise,
erfolgt. Nach der Richtung wird zunächst noch mehr geschehen müssen.
— Das Fazit der letzten vier Wochen ist also politische Reaktion, aber volks-
wirtschaftlich etwas Erleichterung. Letztere wird uns Mut machen, den Kampf
für Freiheit und Fortschritt wieder stärker aufzunehmen, so daß wir mit
etwas mehr Hoffnung ins neue Jahr gehen können, als es vor vier
Wochen noch der Fall war.

Das wirtschaftlich? Die erste Tat unseres Diktators war
die Abschaffung des Wertes auf die Hälfte. Zwei Tage darauf
wurde auf das Verlangen der armen Bauern hin auf das
Ertrinken. In Perurbationen und Aufrufen aber zur Rinde-
heit wurde nicht gespart. Leider schied der Herr Diktator
dem Reich wenig Einfluss zu haben. Damit der Reich
sich erklärte um die Handelskammer, daß seine Wirtschaft-
lichkeitsmaßnahmen nicht bestmöglich. Nach seiner Vorgänger ist
die Komptner Butterbörse wirkt unverändert
die Verwunderung lesen die Münchener von einem 25. bis
gegen den Reichsbau in norddeutschen Gebieten. In München
gegen agrarischen Hinterland wird zu gleicher Zeit der Reichs-
von 23 auf 32 Pf. erhöht. Die Reichsreise der Arbeiterbewe-
gung nach Lohnabbau hingegen finden williges Gehör.
das sehr gespannten Verhältnisses zwischen Bayern und Reich
auf die Anwendung des in Berlin erlundenen „Ver-
trags (Entbetrunas-) Faktors“ volle Solidarität. Damit aber
die Ordnung und Ruhe nicht gestört wird, hat der Statthalter der
Bayern Herr v. Kahr, für ein Streikverbot gesorgt.
Der Reich nach einigem über unsere gewerkschaftliche Bewe-
gung der Reaktion, der unter dem Sammelruf „Gegen
Kommunismus“ geführt wird, ist selbstverständlich nicht spurlos an
übergegangen. Die Kollegenchaft gibt ihrem steigenden Un-
mut über die Not in allen Gewerkschaftsversammlungen bewogen
aus. Daß sich dabei vielfach ihre Anliegen gegen ihre eigenen
Führer und deren Führer richten, ist aus der Not jedes einzelnen
und dem Sicherstellen der großen wirtschaftlichen und polit-
ischen, insbesondere aber auch der außenpolitischen Verhältnisse und
Verhältnisse zu verstehen. Doch sich ihre Kritik wenn überhaupt,
sich gegen die Gewerkschaftsführer am Orte als viel-
mehr gegen die Spitzenvertreterungen richten, liegt in der
Natur der Sache. Die Gewerkschaftsversammlungen werden zu
zwecken all des Unmut, der Regierung, der Not und des
Wunsches, daß die Arbeiterchaft befallen wurde. Nur wer inmitten
des Kampfes steht, der weiß, welche unendliche Anforderungen an
den Arbeiter, Opferwilligkeit und Selbstlosigkeit in dieser schweren
Zeit an die Führer der Gewerkschaften, an die Betriebsräte und
Gewerkschaften gestellt werden, um die schlimmsten Be-
dingungen zu überdauern. Als Lebensziel darf be-
achtet werden, daß sich in den fürmlichen Tagen des 8. und
November 1923 die Arbeiterchaft wie ein Mann um die ge-

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Berlin. In der Funktionärversammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am 5. Dezember gab Kollege Stetter vom Verbandsvorstand einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen über die Goldlöhne. Folgende Entschliessung fand Annahme:

Die am 5. Dezember 1923 vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin, einberufene Funktionärversammlung der Reichs- und Staatsarbeiter protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Festsetzung der Goldlöhne in vorliegender Höhe. Diese Regelung muß zu einer vollständigen Unterernährung der Arbeiterschaft führen, wodurch ganz naturgemäß die Arbeitskraft geschwächt und die Leistung lebens einzeln herabgemindert wird. Es muß aber von der Regierung mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß sie als Hüterin der Reichsverfassung auch jetzt nach dieser handelt. Wenn das Reich nach dem Artikel 137 der Deutschen Reichsverfassung die Arbeiterschaft zu schützen hat, so darf sie durch eine derartige Lohnpolitik nicht die Arbeitskraft schwächen. Ferner muß unter allen Umständen der militärische Ausnahmezustand beseitigt werden, da dieser nur dazu dient, die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit lahmzulegen und unter solchen Verhältnissen eine im Arbeitgeberinteresse liegende Lohnpolitik zu treiben. Die Versammelten ersuchen den Verbandsvorstand, mit allen moralischen Druckmitteln auf die Regierung einzuwirken, damit so schnell wie möglich entweder durch entsprechende Erhöhung der Löhne, oder erhebliche Senkung der Preise die Notlage der Staatsarbeiter gemildert wird.

Aus unserer Bewegung

Leipzig. In unserer Mitgliederversammlung am 4. Dezember referierte Kollege Wüntner, Berlin, über die Wirtschaftslage und die Organisationen. Ueber Ruhelohntfragen und die Lohnverhandlungen berichteten die Ortsangestellten, während Kollege Schiller vom Metallarbeiterverband ein Bild entrollte von dem Stand der Aussperrung und den Praktiken der Metallindustrie. Die Versammlung stimmte einer Vereinbarung zu, nach welcher alle Kollegen, die das 65. Lebensjahr erreicht und mindestens fünf Dienstjahre bei der Stadt geleistet haben, in den Ruhestand versetzt werden mit der für zehnjährige Dienstzeit vorgeschriebenen Rente, soweit sie Beiträge zur Ruhelohntafel geleistet haben. Dafür verpflichten sich alle in Arbeit stehenden Gemeindearbeiter für einen näher begrenzten Zeitraum, statt 2 1/2 Proz., 3 Proz. ihres Lohnes zur Ruhelohntafel abzuführen. Durch diese Maßnahme wird erreicht, daß 76 Arbeiter der Elektrizitätswerke, die entlassen werden sollten, in andere städtische Betriebe untergebracht werden. Eine Tat proletarischer Solidarität. Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten wurden folgende Entschliessungen angenommen:

I. Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Leipzig, spricht den ausgesperrten Metallarbeitern ihre volle Sympathie aus und vertritt, sofort eine finanzielle Hilfsaktion einzuleiten zu wollen. — II. Die Versammlung stellt nach dem Befehl des Kollegen Wüntner fest, daß an eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft nur dann zu denken ist, wenn die Gewerkschaften hart und selbstständig erhalten werden. Die Versammelten werden deshalb ihre ganze moralische Kraft und Ueberzeugung in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stellen, um den kranken Arbeiter und die letzte Arbeiterin für die freien Gewerkschaften zu gewinnen. — III. Die gutseltsuche, am 4. Dezember im großen Saal des Volkshauses tagende Mitgliederversammlung unseres Verbandes spricht ihre Empfehlung darüber aus, daß die Reichsregierung sich nicht scheut hat, die Goldlöhne den Reichs- und Staatsarbeitern einfach zu diktiertem trodem die Spitzenorganisationen sie als völlig unzulänglich abgelehnt haben. Sie begrüßt es deshalb, daß die Ortsverwaltung einschlechtig aller Verbandsfunktionäre dafür stimmen, das mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden vereinbarte Lohnabkommen, welches die Reichsarbeiterröhne zur Grundlage hat, zu kündigen. Zu bedauern sei es jedoch, daß die Landesarbeitskommission diese Kündigung abgelehnt habe, da die gewaltigen Unterschiede in der Entlohnung der Gelehrten, Angelernten, Ungerlernten- und Arbeiterinnen-Gruppen untragbar sind. Sie beantragt daher die Spitzenorganisationen, möglichst umgehend neue Verhandlungen mit der Reichsregierung anzubahnen, um Löhne zu erlangen, mit denen alle Arbeitergruppen auch wirklich auskommen können und die unerbitterten Spannungen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die diktierten Hungerlöhne bedeuten eine Verhöhnung der Arbeiterschaft öffentlicher Betriebe, die diese aufs härteste zurückweist.

Streik unserer Kollegen in Ostpreußen. Von allen Arbeitgeberverbänden beschäftigt der ostpreussische Arbeitgeberverband unsere tariflichen Schiedsstellen am meisten. In diesem Jahre entfielen bis zum Monat November nicht weniger als 25 Proz. aller Streitigkeiten, die den Streikausschuß beschäftigen, auf Ostpreußen. Dieser sind die Sprüche des Zentralausschusses in Lohnstreitigkeiten häufig genug nicht so, daß sie den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer in dieser schwierigen Zeit gerecht werden. Das war auch mit einem Schiedsspruch für die Lohnwache vom 18. bis 24. November

1923 der Fall. Da der Arbeitgeberverband zu weiteren Zugriffen sich nicht bereit fand, sahen sich unsere Kollegen in Königsberg und verschiedenen Städten in Ostpreußen genötigt, zum Streik zu greifen, der am 7. Dezember ausbrach. Inzwischen ist der Streik beendet. Bei Redaktionschluss lagen uns leider nähere Nachrichten über den Ausgang noch nicht vor. Am Streik war auch die Eisenbahn beteiligt. Notstandsarbeiten wurden verrichtet.

Internationale Rundschau

Amerika. Die „Arbeiter-Kranken- und Sterbefälle für die vereinigten Staaten von Amerika“ schreibt uns: „Aus den verschiedenen Sprachgebieten Europas kommen nun wieder Arbeiter und Sterbefälle für unsere Pflicht, auf unsere Kranken- und Sterbefälle hinzuweisen. Es gibt hier noch keine staatliche Krankenerkrankungsversicherung. Seit nahezu 40 Jahren aber besteht unsere Krankenkasse. Sie ist von einigen deutschen Arbeitern, die das Sozialistengesetz in Amerika getrieben hatte, in New York gegründet. Das erste Jahr 1884. Wenn auch der Anfang ungemein schwierig war, wuchs die Krankenkasse doch in kurzer Zeit. Heute hat sie 54 000 Mitglieder, die sich in 345 Zweigvereinen über das Land verteilen. Das Vermögen besteht heute aus 1 700 000 Dollar. Seit der Gründung des Verbandes sind weit über 9 000 000 an Kranken-, Unfall- und Sterbegeld bezahlt worden. Und die Organisation von Arbeitern veraltet. Eine besondere der Arbeiter-Kranken- und Sterbefälle ist auch, daß sie vor 18 Jahren ihr eigenes Organ in der Form einer Zeitschrift eingeführt bekommen den Namen „Solidarität“. Das Blatt erscheint nun 24 Seiten stark in deutscher und englischer Sprache. Der Inhalt dient, wird im Geiste des internationalen Sozialismus für die Auswanderer, die nach den Vereinigten Staaten reisen, einige Adressen von Zweigvereinen in den atlantischen Staaten gegeben. Für Boston: Paul Barth, 99 Broadside Avenue, Boston; für New York: Office der Nationalen Arbeiter-Kranken- und Sterbefälle, 9 Seventh St., New York; für Philadelphia: W. K. Clark, 265 N. 3rd St.; für Baltimore: J. Brunholzer, 33 Schroeder Street.“

Rundschau

Die Hungerlöhne in Deutschland. Die neueste Nummer der Zeitschrift „Arbeitskraft und Statistik“ enthält eine Untersuchung des Reichsstatistischen Amtes über die Entwicklung der Reallohnrate vom April bis September 1923. Die Löhne lernten wie der ungelerneten Arbeiter im Bergbau, im Gewerbe, in der Holz- und Metallindustrie, Textilindustrie sowie die Löhne der Fabrikarbeiter und der Buchdrucker betragen im Reich durchschnittlich im April 23,34 M., im Mai 20,46 M., im Juni 20,42 M., im Juli 15,96 M., im August 20,98 M., und im September 18,95 M. Im Verhältnis zur Vorkriegszeit war der Prozentsatz im April 95,75, im Mai 84,79, im Juni 84,82, im Juli 62,41, im August im September 78,80. Eine Fortsetzung der Untersuchung im Monatsheft November wird zweifellos aufzeigen, daß die Löhne während der letzten zwei Monate noch ganz außerordentlich gesunken sind. Ohne die Einwirkung der ungelerneten Arbeiter der Textil- und Fabrikarbeiter, die vor dem Kriege besonders reichlich wurden, würde das Ergebnis eines noch viel tieferen Rückgangs der Löhne aufzeigen. Und was war das Ergebnis dieser heillosen Lohnbrücker? Am Anfang an die Höhe über die Löhne wird eine Heberlast der Arbeitslosigkeit unter Arbeit in den Hauptberufen der Industrie vertrieben. Es ist sich die Unterjudura erstreckt. Und da ergibt sich, daß 42,2 Proz. sämtlicher Arbeiter dieser Industrien im September entweder erwerbslos oder auf Kurzarbeit gestellt waren! Das ist das Ergebnis einer sozialistischen Lohnbrücker mit Hilfe der Unterjudura. Statt aus dieser Erfahrung zu lernen, wollen immer mehr jetzt bei der Umstellung auf Goldlöhne diese Begriffe im wahren Sinne des Wortes „stabilisieren“, d. h. mit Worten: die deutsche Wirtschaftskrise zu vermeiden. Die Bindung der Leistungsfähigkeit und der Kaufkraft der deutschen Arbeiter ist gleichbedeutend mit der Unterbindung der Bindung der deutschen Industrie und ihrer Unfähigkeit, sich gegen Konkurrenz auf dem Weltmarkt behaupten zu können.

Eingegangene Schriften und Bücher

Sozialdemokratischer Reichstagsberichter für das Jahr 1924. Reichstagsverlag. 100 Seiten. Preis 1 M.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin. Bericht über die Verhandlungen über die Goldlöhne. Preis 1 M.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Leipzig. Bericht über die Verhandlungen über die Goldlöhne. Preis 1 M.